

Erster Stromkonzern erhöht Preise um 150 Prozent

Was manche Politiker immer dementiert haben, tritt nun ein – mit voller Wucht: Der erste Stromkonzern erhöht aufgrund der Energiekrise den Strompreis um 150 Prozent. Eine Familie muss nun im Schnitt mit 1250 Euro Mehrkosten pro Jahr rechnen.

Die Ukraine drehte die Gas-Zufuhr nach Westeuropa ab, die großen Energiekonzerne müssen nun vermehrt LNG-Gas kaufen – oft wieder von russischen Anbietern, aber wesentlich teurer. Österreich beendete den Gas-Liefervertrag mit dem russischen Unternehmen Gazprom, obwohl in unserem Land 14 Kraftwerke mit Gas betrieben werden. Davor wurden bereits in Deutschland die Atomkraftwerke stillgelegt, weshalb in Spitzenzeiten des Strombedarfs teurer Atomstrom aus Frankreich zugekauft werden muss.

Die Mangellage bedingt nun das, was manche Politiker stets dementiert haben: Die Strompreise steigen, und die großen Energiekonzerne schlucken nicht die wesentlich höheren Einkaufspreise, sondern wälzen die hohen Mehrkosten auf die Endkunden ab.

Ein erstes schockierendes Beispiel aus Deutschland meldet nun der bekannte Wirtschafts-Blogger Emanuel Boeminhaus auf X: “E.on schockt Kunden mit massiven Preiserhöhungen. Strom wird unbezahlbar! Der Preis steigt um 150 Prozent, von 24 auf 60 Cent! Im Kreis Höxter steigen die Strompreise bei e.on drastisch. Kunden berichten von einer Erhöhung

von 24 auf 60 Cent pro Kilowattstunde – das entspricht 150 Prozent. Eine Familie mit durchschnittlichem Verbrauch zahlt künftig 1250 Euro mehr im Jahr.”

Das aktuelle Beispiel aus dem Kreis Höxter (etwas östlich von Dortmund, 140.000 Einwohner) sei schockierend, schreibt Boeminghaus: “Das ist mehr als ein Weckruf – da weiß jeder jetzt, wo die Reise hingeht.”

Leider ist anzunehmen, dass auch Österreichs Energieunternehmen die Preise deutlich anheben werden und damit auch erneut die Teuerung bei Lebensmitteln befeuern.

Die Wien Energie, die 460.000 Haushalte versorgt, dürfte vermutlich noch einen Stillhaltebefehl vom 100-Prozent-Eigentümer Stadt Wien haben – zumindest noch bis zum Wahlsonntag am 27. April …